

Haimbuchner kritisiert Aus- scheren der ÖVP-Westachse

„Auch für die ÖVP-Westachse sollte das Regierungsprogramm gelten“, kommentierte Oberösterreichs Landeshauptmannstellvertreter und FPÖ-Landesobmann Manfred Haimbuchner die überzogenen und unangebrachten Vorwürfe zu Sozialreform und „Asylwerberlehre“.

S. 13



Foto: Andreas Mairgötsch/Photo.at

AUVA-Reform fixiert: Sparen im System!

Keine Schließungen von Spitälern oder Kündigung von Personal bei der AUVA

S. 2/3



Halbjahresstatistik 2018: Problemfeld Gewaltdelikte

Weniger Anzeigen, aber steigende Zahl ausländischer Tatverdächtiger – S. 4/5

PARLAMENT

Phantomschmerzen

„Phantomschmerzen“ konstatierte FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch der SPÖ zu der anstehenden Reform des Arbeitsmarktservices. Denn es seien Einschnitte in das „Pfründesystem roter Versorgungsempfänger“ vorgesehen.

S. 7

AUSSENPOLITIK

Sozis lassen prügeln

Die seit eineinhalb Jahren dauernden Proteste gegen die Demontage des Rechtsstaats in Rumänien fanden in der Niederschlagung einer Großdemonstration am Wochenende ihren traurigen Höhepunkt. Brüssel und EU-Sozialisten schweigen weiter.

S. 8/9

WIEN

Rote Erklärungsnot

Die Umstände um den Verkauf der 3.000 Sozialwohnungen an einen Finanzinvestor bringen immer kuriosere Informationen zutage. Vor allem scheint die Wiener SPÖ tiefer in den „Sozialwohnungsausverkauf“ involviert zu sein, als sie bisher eingestand.

S. 11

MEDIEN

Neuland Facebook

Österreichs große „Qualitätszeitungen“ verlieren nach einer neuen Studie die Schlacht in den sozialen Medien gegen parteinahe Newsplattformen. Besonders erfolgreich sind auf Facebook dabei einmal mehr der FPÖ-nahestehende Plattformen.

S. 14



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Jetzt also auch der „überparteiliche“ Bundespräsident, der sich dafür einsetzt, dass abgelehnte Asylwerber, die eine Lehre begonnen haben, nicht abgeschoben werden.

Weshalb darf ein Asylwerber überhaupt eine Arbeit oder eine Lehre annehmen, da es sich bei ihm bis zur Klärung seines Falls um einen „illegal Aufhältigen“ handelt?

Lohndrucker-Trio

Das Argument „Beschäftigungstherapie“ weist allein darauf hin, dass die Vorgängerregierungen die Asylverfahren haben schleifen lassen und sich diese über Jahre hinziehen. Auch dank der Asylindustrie, die Verfahren mit dem Instanzenzug verschleppt.

Das Argument des Staatsoberhauptes, dass die österreichische Wirtschaft „allein gelassen wird mit der Lehrlingsausbildung“, lässt Staunen. Das duale Bildungssystem funktioniert nun mal so, dass die Betriebe in Eigenverantwortung Lehrlinge ausbilden.

Bildeten die Unternehmen 2008 noch 131.880 Lehrlinge aus, so waren es im Vorjahr nur noch 106.613. Den Rückgang allein auf das Bildungssystem abzuschreiben – obwohl Industrie und Kammer den rot-grünen Bildungsreformen stets applaudierten –, aber jetzt auf die Ausbildung jugendlicher Asylwerber mit noch schlechteren Grundvoraussetzungen zu drängen, wirkt irritierend.

Von den Grünen hat man zur Förderung der Lehre bisher kaum etwas gehört, aber die Ostöffnung des Arbeitsmarktes haben sie zusammen mit der Industrie gefeiert.

Schon interessant: Wenn es um billige ausländische Arbeitskräfte geht, sitzen Wirtschaft und Grüne im selben Boot – mit dem Bundespräsidenten „aller Österreicher“.

Fitnessprogramm gegen den

Keine AUVA-Krankenhäuser werden geschlossen – Einsparungen durch ze

Die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA) hat sich ein Einsparungsvolumen von 428 Millionen Euro zum Ziel gesetzt. Die freiheitliche Sozialministerin Beate Hartinger-Klein zeigt sich mit den Plänen zufrieden: „Es gibt weder Schließung von Unfallkrankenhäusern, noch Kündigungen. Profitieren werden die Patienten!“

Die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA) bleibt erhalten. Es sollen auch keine Unfallspitäler oder Rehazentren geschlossen werden, noch soll es Personalkürzungen geben. Das sieht das Reformkonzept vor, das FPÖ-Gesundheits- und Sozialministerin Beate Hartinger-Klein am vergangenen Montag zusammen mit ÖVP-Klubobmann August Wöglinger und AUVA-Obmann Anton Ofner vorgestellt hat.

Umfassende Strukturreform

„Bei dem Plan handelt es sich um eine Struktur- und nicht um eine Gesundheitsreform“, betonte die Ministerin. Es sollen keine Unfallspitäler oder Rehabilitations-einrichtungen geschlossen werden. Auch sind keine Kündigungen aus betriebsbedingten Gründen vorgesehen, noch Personalkürzungen bei Ärzten oder dem Pflegepersonal. „Das Leistungsangebot der AUVA bleibt in vollem Umfang bestehen. Gespart wird in der Verwaltung. Die Reform des kränkelnden Systems ist ein Fitnessprogramm gegen den Verwaltungsspeck.“

Es seien keine leichten Verhandlungen gewesen, aber es sei allen Beteiligten gelungen, eine Lösung im Sinne aller, vor allem der Ver-

sicherten, zu finden, sagte Hartinger-Klein. Gewinner der neuen Reform seien Versicherte und Patienten: Die AUVA werde durch die getroffenen Maßnahmen schlanker, effizienter und leistbarer.

AUVA-Obmann Anton Ofner sprach von einem herausfordernden Sparziel der neuen Regierung: „Bei einem Gesamtbudget von 1,4 Milliarden, wovon rund 600 Millionen an Rentenleistungen gebunden sind, hat es einiger Mühen bedurft, um eine Lösung zu finden.“

Sparen in der Verwaltung

Im Bereich Verwaltung sollen ab 2019 rund 100 Millionen Euro gespart werden, weil dann der Unfallversicherungsbeitrag von 1,3 auf 1,2 Prozent gesenkt wird. Die weitere Senkung auf 0,8 Prozent erfolgt später. Die Senkung der Verwaltungskosten soll erreicht werden, indem von den 1.500 Mitarbeiterposten in der Verwaltung 300 in den kommenden Jahren nicht nachbesetzt werden. Zu einer schlankeren Verwaltung sollen auch ein gemeinsamer Einkauf, eine einheitliche IT und ein gemeinsames Personalmanagement beitragen.

Durch das Eingehen von Kooperationen sollen zusätzliche 35 Millionen eingespart werden. Die



Foto: Robert Litz

„Es ist ein sehr, sehr guter Tag für das“
terin Beate Hartinger-Klein die Struktu

restlichen 295 Millionen will man durch Querfinanzierungen von versicherungsfremden Leistungen wie Freizeitanfällen, die der Gesetzgeber der AUVA auferlegt, decken.

Bei diesen geht es einerseits um die Entgeltfortzahlungen für Arbeitnehmer in Klein- und Mittelbetrieben bis 50 Mitarbeiter und andererseits um die zu hohen Zahlungen für in anderen Spitälern behandelte Arbeitsunfälle sowie um die von den Krankenkassen zu gering vergüteten Behandlungen von Freizeitanfällen in AUVA-Krankenhäusern.

Alle Genossen ärgern sich
über Migration.
Nur nicht Christian, der
findet die toll!



SPITZE FEDER Schwarzes Schaf in roter Herde

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz
Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9
E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29
Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b.
H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien
Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73
BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
Verlags- und Herstellungsort: Wien
Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

Verwaltungsspeck

zentrale Verwaltung und Straffung der Organisation



„österreichische Sozialversicherungssystem“, bewertete FPÖ-Sozialministerin Beate Klumpp-Schwaighofer die Reform der AUA – im Sinne der Patienten und Steuerzahler.

Dafür sollen gesetzliche Maßnahmen dann beschlossen werden, wenn die aus den neun Gebietskrankenkassen zusammensetzende Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) zu den Einsparungen dafür in der Lage ist.

Meilenstein in der 2. Republik

Insgesamt sollen über die nächsten Jahre 430 Millionen Euro eingespart werden. Die Regierung geht davon aus, dass mit der Zusammenlegung der derzeit 21 Sozialversicherungsträger auf künftig fünf (inklusive AUA) bis Ende

2023 insgesamt eine Milliarde Euro einzusparen ist.

„Diese größte Strukturreform der Zweiten Republik ist ein Meilenstein zum Wohle der Patienten und der Steuerzahler“, lobte FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch die Reform. Das Festhalten an „alten Zöpfen“, die vor 50 oder 60 Jahren ihre Berechtigung hatten, sei viel zu teuer geworden.

„Allen Unkenrufen zum Trotz und gegen jede Falschbehauptung der SPÖ wird diese Reform für alle Beteiligten nur Vorteile bieten“, bekräftigte Belakowitsch.

AUFSTEIGER



FPÖ-Sozialsprecherin **Dagmar Belakowitsch**, die die AUA-Reform als „Abschneiden alter, nicht mehr zeitgemäßer Zöpfe“ im Rahmen der Sozialversicherungsreform bezeichnete – auf Kosten der rot-schwarzen Funktionärskaste.

ABSTEIGER



SPÖ-Sozialsprecher **Josef Muchitsch**, der beim Reformvorschlag zur AUA auf SPÖ-Linie bleibt und die Einsparungen bei der Verwaltung trotz als „Sparpaket“ zu Lasten der Arbeitnehmer und KMU bezeichnet.

KURZ UND BÜNDIG



Gleiches Recht für alle

Verschiedene Organisationen und Parteien fordern, dass Lehrlingen, die einen rechtskräftigen negativen Asylbescheid erhalten haben, ein Bleiberecht zugesprochen werden soll. „Hier werden aberwitzige Konstrukte entworfen, die nur den Zweck haben, die österreichische Justiz ad absurdum zu führen“, kritisierte FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky (Bild). Damit werde versucht, geltendes Recht auszuhebeln und gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen. Ein negativer Asylbescheid gilt für alle gleich, betonte Vilimsky.

„Fake News Max“ Lercher

„Fake News“ verbreitete SPÖ-Bundesgeschäftsführer Max Lercher vergangene Woche, indem er der Regierung Autokäufe in Höhe von einer Milliarde (!) Euro vorwarf. „Das wären – abgesehen davon, dass die Zahl nicht stimmt – bei 16 Regierungmitgliedern 62,5 Millionen Euro pro Auto“, bemerkte FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker (Bild) dazu verwundert. „Fake News Max“ solle doch seine „Siberstein-Methoden“ endlich einstellen, wenn er seiner Partei helfen wolle, forderte der FPÖ-Generalsekretär.



Wieder Hassprediger in Wien

Ein neues Video einer Hasspredigt in der den Muslimbrüdern zuzuordnenden Attaysir-Moschee im zehnten Wiener Bezirk zeige die anhaltende Islamisierung Wiens auf, empfand sich der geschäftsführende Klubobmann Johann Gudenus (Bild). In dem Video preist der Imam einen „islamischen Staat“, hetzt die Zuhörerschaft gegen Christen auf und erklärt Moslems als den Christen überlegen. „Entweder, die Islamische Glaubensgemeinschaft schaut hier wohlwollend weg, oder sie hat ihre Moscheen nicht im Griff – beides ist nicht tolerierbar“, bemerkte Gudenus und forderte eine Stellungnahme der IGGÖ.



BILD DER WOCHE Internationaler Besuch: HC Strache empfing den britischen Botschafter Leigh Turner (r.) und den britischen Wirtschaftsminister Greg Clark (Mitte) zum Gedankenaustausch.

Gesetzesverschärfungen der Koalition wirken

Der freiheitliche Innenminister Herbert Kickl nimmt im NFZ-Interview Stellung zur Kriminalstatistik des ersten Halbjahres 2018: „Aufgrund der beschlossenen Verschärfungen können wir jetzt leichter Schubhaft verhängen sowie den Asylstatus aberkennen.“

Herr Minister, laut Kriminalstatistik für das erste Halbjahr sinkt die Zahl der Verbrechen in Österreich. Ein erstes Erfolgserlebnis in ihrem Amt?

Kickl: Jedes Verbrechen ist eines zu viel, der Rückgang ist zwar erfreulich, aber kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Zudem darf man nicht übersehen, dass die Zahl der angezeigten Vergewaltigungen um fast 50 Prozent gestiegen ist und wir bei den Tötungsdelikten in der Bundeshauptstadt fast eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr feststellen mussten. Der Rückgang bei den Einbruchsdiebstählen in Wohnungen und Wohnhäuser ist sicherlich auf erfolgreiche Ermittlungsarbeit der Beamten zurückzuführen, denen ich dazu gratulieren möchte, aber ebenso auf die verbesserte Zusammenarbeit mit den Nachbarländern.

Bei den Gewaltverbrechen, die ebenfalls leicht rückläufig sind, hat Bundeskriminalamtsdirektor Franz Lang angemerkt, dass immer häufiger Messer im Spiel sind.

Kickl: Das bereitet uns natürlich Sorgen. Die Entwicklung steht auch im Zusammenhang mit der verstärkten Einwanderung der letzten Jahre. Das sehen wir auch in der Statistik, in vielen Fällen stammen Täter und Opfer aus anderen Ländern. Wir tun aber auch alles, um unsere Beamten – die davon ja auch betroffen sind, wie die Verletzungszahlen zeigen – besser auszurüsten und schaffen 24.000 schuss- und stichsichere Gilets an.

Der Ausländeranteil bei den Verdächtigen ist weiter angestiegen. Was wollen Sie dagegen unternehmen?

Kickl: Das stimmt, der Anteil ausländischer Staatsbürger ist mit mehr als 40 Prozent bei den Tatver-

dächtigen erschreckend hoch. Deshalb hat diese Bundesregierung auch sofort unter den ersten Gesetzesinitiativen ihrer Amtszeit dazu Verschärfungen beschlossen. Wir können jetzt leichter Schubhaft verhängen oder auch den Asylstatus aberkennen.

Apropos Asyl, sie wollen aufgrund der sinkenden Asylwerberzahl jetzt erste Asylheime schließen?

Kickl: Anfang 2017 hatten wir noch fast 80.000 Personen in der Grundversorgung, seit kurzem sind wir unter 50.000. Bedingt durch die fallenden Grundversorgungszahlen stehen

auch immer mehr Asylheime leer oder sind nur in geringem Ausmaß belegt. Wir brauchen für Asylwerber keine Luxusimmobilien wie ehemalige Hotels, sondern zweckmäßige, preiswerte Unterkünfte. Hier gibt es Sparpotential. Dieses Geld würde ich lieber in die notwendigen Renovierungen und die bessere Ausstattung von Polizeieinspektionen investieren. Wir überprüfen daher die Mietverträge und, was rechtlich möglich und sinnvoll ist, wollen wir ehebaldigst kündigen. Mittelfristig soll die gesamte Betreuung Bundes-

sache werden. Dadurch wollen wir die Verfahren beschleunigen und verhindern, dass Asylwerber „untertauchen“.

„Deshalb hat diese Bundesregierung Verschärfungen beschlossen.“



Im erste Halbjahr 2018 konnte der Anstieg der Kriminalität in Österreich

Weniger Anzeigen,

Die importierte Kriminalität steigt: 40 Prozent der

Die Sicherheit war ein Hauptanliegen von FPÖ und ÖVP im Wahlkampf und in ihren ersten Monaten als Bundesregierung. Die Kriminalitätsstatistik des ersten Halbjahres 2018 gibt Anlass zur Hoffnung, zeigt aber deutlich die Problemfelder auf, die Türkis-Blau von ihren Vorgängerregierungen geerbt hat.

Einerseits kann der bundesweite Rückgang der Straftaten um zehn Prozent als Erfolg der Arbeit von Koalition und FPÖ-Innenminister Herbert Kickl gewertet werden. Andererseits zeigt der steigende Anteil von Ausländern unter den Tatverdächtigen und die bedenkliche Entwicklung von Mord- und Vergewaltigungsdelikten in der Bundeshauptstadt, dass das sicherheitspolitische Erbe der Vorgänger-Regierungen noch nicht bewältigt wurde.

Mehr Ausländer tatverdächtig...

Die Polizei hat nach vorläufigen Zahlen 228.887 Anzeigen bearbeitet, das sind um rund zehn Prozent weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Allerdings waren von 135.520 festgenommenen Tatverdächtigen bereits 40 Prozent Ausländer – in Wien waren es von 38.726 Tatverdächtigen mit 19.895 Fremden sogar 51,4 Prozent.

Dem Rückgang bei der Zahl der Anzeigen insgesamt steht aller-

dings ein deutlicher Anstieg bei Anzeigen wegen Vergewaltigung und Mord gegenüber. Um 43 Prozent, von 261 auf 374, ist die Zahl der gemeldeten Vergewaltigungen angestiegen – immer öfter auch von Frauen aus Afghanistan.

Die Zahl der Anzeigen nach Tötungsdelikten stieg von 33 auf 34. Ein massives Plus gab es in Wien, wo zwischen Jänner und Juni 17 derartige Anzeigen einlangten – nach nur zehn im Vorjahr.

Sorgen bereitet der Polizei auch, dass bei Gewaltdelikten immer häufiger Stichwaffen, also Messer, verwendet werden und die Aufklärungsquote insgesamt von 49,7 auf 48,8 Prozent zurückgegangen ist.

... und jeder 6. Asylwerber

Trotz des massiven Rückgangs bei den Asylanträgen ging die Zahl der tatverdächtigen Asylwerber nur geringfügig zurück. Wurden von den österreichischen Staatsbürgern nur 1,1 Prozent einer Straftat verdächtig, also jeder Neunzigste,



FPÖ/BM

FPÖ/NFZ



gestoppt werden. Problembereich bleibt die steigende Zahl ausländischer Straftäter.

aber mehr Gewaltdelikte

Tatverdächtigen waren im 1. Halbjahr 2018 ausländische Staatsbürger

waren es bei den Schutzsuchenden hingegen satte 15,4 Prozent, und damit jeder Sechste von ihnen ein Straftäter.

Die zehn häufigsten Delikte der Asylwerber: Drogendelikte (2.127), Diebstahl (1.488), Körperverletzung (1.289), gefährliche Drohung (543), Sachbeschädigung (491), Raufhandel (315), Betrug (233), Urkundenfälschung (190).

Bei dem ebenfalls kürzlich vorgestellten „Drogenbericht 2017“ waren die Zahlen eindeutiger: Es gab so viele Anzeigen wie noch nie. Erstmals ist die Zahl der

Suchtmittelanzeigen im Jahr 2017 auf 40.000 gestiegen, konkret waren es 42.610 – ein Plus von 17,6 Prozent. Knapp 37 Prozent der Anzeigen betreffen Ausländer, das sind zumeist die Drogenverkäufer, während Österreicher in erster Linie als Käufer in die Drogenstatistik involviert sind.

Besonders aktiv sind hier Afghanen. Die Zahl der Anzeigen gegen diese Einwanderer hat sich innerhalb eines Jahres von 1.103 auf 2.025 fast verdoppelt. In 90 Prozent der Fälle ging es dabei Cannabis. „Stark haben sich afghanische

Asylwerbende im Bereich des Cannabishandels etabliert“, skizziert der Drogenbericht die Revieraufteilung in der Drogenszene. Nigerianer (1.614 Anzeigen) und immer öfter auch Serben (955) haben sich auf die härteren Drogen wie Heroin und Kokain spezialisiert.

Kooperation gegen Drogen

Als immer effizienter erweist sich in der Bekämpfung des Drogenhandels die internationale Zusammenarbeit. Bei dem von der EU kofinanzierten Projekt „Joint investigation to fight trafficking in drugs and firearms with the main focus on international airports within and also into the EU“ (JIFTdrugs/air) mit Tschechien, dem Kosovo, Portugal, Spanien, Schweiz und Deutschland wurden allein bei sechs sogenannten dreitägigen „Actions Days“ 76 Personen inhaftiert und in etwa eine Tonne Suchtmittel aus dem Verkehr gezogen.

Die intensive Zusammenarbeit von Polizei und Zoll bei diesem Projekt dient der nachhaltigen und generalpräventiven Bekämpfung der organisierten Kriminalität, insbesondere im Bereich des internationalen Drogen- und Waffenhandels.



Johann Gudenus
geschäftsführender FPÖ-Klubobmann

Rund 100.000 Verdachtsfälle auf illegale Doppelstaatsbürgerschaften hat die FPÖ nach dem türkischen Referendum zur Umgestaltung der Republik in ein allein Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan unterstehendes Reich 2017 den Behörden übermittelt.

Konsequenzen

Bis jetzt wurde erst bei 70 Austro-Türken in erster Instanz festgestellt, dass die Staatsbürgerschaft erloschen ist. Gerade einmal vier Aberkennungen sind rechtskräftig, weil die Behörden des „EU-Beitrittskandidaten“ Türkei eine Kooperation verweigern.

Während in Wien rund 18.000 Verfahren eingeleitet wurden, führt man in Tirol nur ein Musterverfahren durch.

Jetzt merken Kritiker an, dass aufgrund des von der EU geschlossenen Assoziationsabkommens mit der Türkei dies alles für die erwischten Doppelstaatsbürger unerheblich sei und sie weiter in Österreich leben und arbeiten könnten.

Was für eine absurde Situation.

Falls dieses Assoziierungsabkommen diese Menschen, die sich einen österreichischen Pass erschlichen haben, tatsächlich schützt, muss man darüber nachdenken, wie man damit weiter verfährt und es gegebenenfalls optimieren.

Wir Freiheitliche fordern, dass diese „Scheinstaatsbürger“ die volle Härte des Gesetzes spüren sollen. Schließlich leben wir in einem Rechtsstaat und nicht in „Erdoganistan“, wo das Recht gedreht und gewendet werden kann, wie man es gerade braucht.

Eine Konsequenz des Skandals ist für uns Freiheitliche auf jeden Fall, dass die österreichische Staatsbürgerschaft künftig viel restriktiver an Türken vergeben werden sollte.

Gruppe	Gruppengröße	Tatverdächtige	Anteil der Tatverdächtigen in dieser Gruppe
Asylwerber in Ö. insgesamt*	63.402	9.752	15,4 %
Algerier**	< 553	350	> 63,3 %
Georgier	1.037	427	41,2 %
ungeklärt	980	365	37,2 %
Nigerianer	2.117	744	35,1 %
Somalier	2.721	524	19,3 %
Russische Staatsbürger	2.786	495	17,8 %
Syrer	6.085	880	14,5 %
Afghanen	25.652	3.085	12 %
Iraner	3.991	370	9,3 %
Iraker	8.321	675	8,1 %
Fremde ohne Asylwerber und ohne Touristen	1.339.576	38.264	2,9 %
Österreicher	7.426.387	80.256	1,1 %

* Offene Asylverfahren am 31. 12. 2017 plus neue Asylanträge im 1. Halbjahr 2018.
** Für die Gesamtzahl der algerischen Asylwerber kann nur eine Obergrenze angegeben werden, da die Statistik die Anzahl der offenen Verfahren mit Algerien am 31. 12. 2017 nicht enthält.
Quellen: Anfrage durch Unzensuriert beim Innenministerium am 10. 8. 2018

Die häufigsten kriminellen Gruppen unter den Asylwerbern.



HOHES HAUS

Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

In wenigen Wochen beginnt die zweite Tagung der XXVI. Gesetzgebungsperiode, deren erste Hälfte komplett im Lichte der EU-Ratspräsidentschaft stehen wird.

Dabei werden auch die jüngsten Entwicklungen in der Türkei eine Rolle spielen, zumal sich noch beim Nato-Gipfel im Juli Trump und Erdogan als treue Verbündete präsentierten.

Kein Platz in der EU!

Mittlerweile ist alles anders: Trump habe, so Staatspräsident Erdogan, dem türkischen Nato-Partner mit den jüngsten US-Sanktionen „den Dolch in den Rücken gestoßen“. Er wirft Trump vor, einen „Wirtschaftskrieg“ gegen die Türkei zu führen – samt Abwertung der Lira. Ein Umstand, der nach Ansicht der FPÖ keinesfalls dazu führen darf, die Beitrittsverhandlungen der Türkei zur EU wieder zu beleben.

Dass das der falsche Weg wäre, beweist auch das Video einer Hasspredigt im zehnten Wiener Bezirk. „In dem Video preist der Imam einen ‚islamischen Staat‘, hetzt die Zuhörerschaft gegen Christen auf und erklärt Moslems als den Christen überlegen. In der Moschee, die der Muslimbruderschaft zuzurechnen ist, treten auch bekennende Muslimbrüder auf und verbreiten dort ihr österreich-, christen- und demokratiefeindliches Gedankengut“, kritisierte unser Klubobmann Johann Gudenus messerscharf.

Es ist beruhigend, dass mit der FPÖ eine Partei in Regierungsverantwortung ist, die die Interessen unserer Leute nicht vergisst. Das gilt vor allem auch dann, wenn das große Orchester der internationalen Politik aufspielt.

VERKEHRSPOLITIK

Mehr Güter auf der Schiene

Die Schienen-Control GmbH kann sich über weitere Steigerungen am Eisenbahnsektor freuen, wie aus dem Tätigkeitsbericht 2017 hervorgeht, den Verkehrsminister Norbert Hofer dem Parlament übermittelte. So stieg die Anzahl der beförderten Nettotonnen von 114,9 auf 118,8 Millionen an. Bei den Nettotonnenkilometern wiederum gab es eine Erhöhung von 22,8 auf 23,5 Milliarden, womit der Rekordwert aus dem Jahr 2010 übertroffen wurde.



UMWELTPOLITIK

Klimaziele wackeln

Die Energieeffizienz in Österreich nimmt zu, allerdings steigt auch der Energieverbrauch. Diesen Schluss zieht das Nachhaltigkeitsministerium im aktuellen Monitoringreport zu den Klima- und Energiezielen. Das Fazit: Österreich muss zum Erreichen der Klimaziele noch mehr tun.

Keine Konsequenzen für „Doppelpass-Türken“?

Assoziierungsabkommen soll weiteren Aufenthalt gewährleisten

Das Assoziierungsabkommen der EU mit der Türkei aus dem Jahr 1963 könnte zum Boomerang für Österreich in der „Doppelpass-Affäre“ werden, glaubt AMS-Chef Kopf.

Die ersten Urteile der Verwaltungsgerichte über Türken, die nach Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft auch wieder die türkische angenommen hatten, sind da: Vier Austro-Türken wurde der Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft bestätigt, den die Länderbehörden schon für 70 weitere Personen festgestellt haben.

Rettendes EU-Abkommen?

Die Äußerung von Arbeitsmarktschef Johannes Kopf, dass es für diese Türken „keine Probleme



FPÖ fordert hartes Durchgreifen.

geben“ werde, weil gemäß dem EU-Assoziationsabkommen mit der Türkei türkische Staatsbürger keine weitere Arbeitsbewilligung benötigen würden, wenn sie bereits

länger als fünf Jahre in Österreich waren, kritisierte FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch.

Tatsache sei, dass nach dem Wegfall der Staatsbürgerschaft kein Aufenthaltstitel und damit auch keine Arbeitsgenehmigung mehr bestehe. „Ob das Assoziierungsabkommen mit der Türkei in Bausch und Bogen all unsere aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen einfach so aushebeln kann, ist gelinde gesagt mehr als fraglich“, bemerkte Belakowitsch.

Wer hier illegal die österreichische Staatsbürgerschaft besessen habe, der müsse auch mit Konsequenzen rechnen, betonte die FPÖ-Sozialsprecherin. Kopf erweise dem Rechtsstaat einen Bärendienst, wenn er „illegal Aufhältige quasi amnestiere“.

Aus für Hinterhof-Schächtungen

In Österreich werden lauten Expertenschätzungen jedes Jahr rund 25.000 Schafe an nicht dafür zugelassenen Orten illegal geschlachtet.



Möglich ist dies, weil die derzeitigen Kontrollen leicht zu umgehen sind. Ein neuer Erlass des Sozialministeriums, der seit vergangener Mittwoch gilt, setzt dieser Praxis nun ein Ende.

Vizekanzler HC Strache (Bild) betonte, dass es keinerlei Eingriffe in ordnungsgemäße Schächtungen in zugelassenen Schlachtbetrieben geben wird: „Wir wollen nur dem Tierleid bei illegalen Schächtungen ein Ende setzen.“

Seit dem Frühjahr gab es Gespräche mit den Bundesländern, jetzt ist der Erlass fertig und tritt am 15. August in Kraft, rechtzeitig vor

dem islamischen Opferfest.

Denn die Zahl der illegal nach islamischem Ritus geschlachteten Tiere wuchs ständig. Ausnahmen gab es bisher, wenn das Tier kurz vor der Schlachtung pro forma an jene Person weitergereicht wurde, die auch das Fleisch erhalten soll. Allein ein Betrieb machte im Jahr 2017 3.000 Mal davon Gebrauch.

Jetzt werden alle Betriebe, die im Vorjahr mehr als 100 Tiere im Rahmen der Ausnahme vermarkteten, genau unter die Lupe genommen. Eine Kontrolle entfällt künftig nur noch bei der Schlachtung für den Eigenbedarf.

Aktive Arbeitsmarktpolitik statt Sinnloskurse

Belakowitsch: „Arbeitsmarktpolitik“ der SPÖ war Pfründesystem roter Versorgungsempfänger

Den Aufschrei der SPÖ und deren Vorfeldorganisationen zur Reform des Arbeitsmarktservices führte FPÖ-Sozialsprecherin Dagmar Belakowitsch auf „Phantomschmerzen der Genossen“ zurück, weil damit das Pfründesystem roter Kursanbieter getroffen werde.

Einsparungen bei ausgegliederten Schulungsunternehmen wie dem BFI und anderen Vereinen, die auf Kosten der Steuerzahler seltsame Kurse für Arbeitslose anbieten, seien im Sinne einer Effizienzsteigerung des Arbeitsmarktservices nötig und sinnvoll, bemerkte die FPÖ-Sozialsprecherin.

Rote „Phantomschmerzen“

Dass die SPÖ deshalb „Phantomschmerzen“ bekomme, sei für jeden Kenner der „Weiterbildungsbranche“ durchschaubar. „So steht etwa das Berufsförderungsinstitut im Eigentum der Arbeiterkammer und des Gewerkschaftsbundes – somit ein perfekter ‚Spielplatz‘ für Sesselkleber und Pfründehascher roter Versorgungsempfänger“, be-

tonte Belakowitsch. Die vom AMS vermittelten Schulungen und Kurse würden im Interesse der Arbeitslosen als auch der Steuerzahler jetzt durchleuchtet und auf ihre Sinnhaftigkeit geprüft.

Fortbildungskurse wie zum Beispiel „Feng-Shui am Arbeitsplatz“, in Wien für Akademiker und Führungskräfte angeboten, kosten dem Steuerzahler viel Geld und seien letztendlich für den Betroffenen wertlos. Einzig die Stadt Wien sei an derartigem Esoterik-Schnick-Schnack interessiert, bemerkte Belakowitsch mit einem Seitenhieb auf die Geldverschwendung beim Krankenhaus Nord.

„Österreich darf durch eine falsche Arbeitsmarktpolitik nicht zu einem sozioökonomischen Betrieb



Auch die Kurse des „roten“ BFI werden auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft.

verkommen. Das erklärte Ziel der Regierung ist es, das AMS zu stärken und Schulungen gemeinsam mit Betrieben durchzuführen: Der arbeitssuchende Mensch soll im Mittelpunkt stehen und nicht das System ausgegliederter Unterneh-

men wie dem BFI, das schlussendlich nur als Versorgungsstation roter Genossen dient“, bekräftigte Belakowitsch. Es sei wichtig, die „Katastrophe arbeitslos“ zu bekämpfen, die Betroffenen zu unterstützen und wieder in Arbeit zu bringen.

„Drohnen-Flak“ für die heimischen Haftanstalten

Drohnen werden im In- und Ausland bereits immer öfter als Werkzeug für Kriminelle eingesetzt, auch wenn diese schon in einem Gefängnis einsitzen. Deshalb erden jetzt fünf österreichische Haftanstalten, darunter Krems-Stein und Hirtenberg, eine neue „Drohnenabwehr“ testen.

Mit dieser Drohnenabwehr soll laut dem Justizministerium vor allem der Schmuggel von Drogen oder Mobiltelefonen über Gefängnismauern hinweg an einsitzende Kriminelle verhindert werden. Das Abwehrsystem besteht aus einer Art Kanone, die auf anfliegende Drohnen ein Netz abschießt. Darin soll sich die Drohne verfangen und abstürzen.

Der Probetrieb soll bis Ende März 2019 dauern, und zwar in den Justizanstalten Krems-Stein, Hirtenberg, Graz-Karlau, Garsten und Suben.

In der vergangenen Woche wurden die Haftanstalten mit jeweils zwei solcher „Drohnen-Flak“ ausgestattet. Die Möglichkeit, Häftlin-



Justiz probt Drohnenabwehr.

gen auf dem Luftweg Drogen, Waffen oder Telefone zukommen zu lassen, wird als realistische Gefahr eingeschätzt. In Österreich wurde bisher ein Fall bekannt, bei dem konkret versucht wurde, per Drohne ein Mobiltelefon in eine Strafanstalt zu schmuggeln.

Nach dem Probetrieb soll eine Evaluierung folgen. Zur Anwendung kommt das System Dropster des schweizerischen Herstellers Droptec. Es wurde laut dem Unternehmen bereits von verschiedenen Polizeieinheiten in der Schweiz und im benachbarten Ausland zum Einsatz gebracht, etwa beim Personenschutz und bei Konferenzen.

Erste Asylwerberheime vor der Schließung

Aufgrund der rückläufigen Zahl von Asylwerbern – bis Juni 2018 wurden gerade noch 7.098 Neuanträge registriert, ein Rückgang von 44 Prozent gegenüber dem Vorjahr – und damit auch der Asylwerber in der Grundversorgung, aktuell sind etwa 50.000 von ihnen in der Grundversorgung, sinkt auch der Bedarf an Unterkünften.

Deshalb möchte FPÖ-Innenminister Herbert Kickl jetzt sukzessive Flüchtlingsunterkünfte schließen oder Mietverträge aufkündigen. „Bedingt durch die fallenden Grundversorgungszahlen stehen auch immer mehr Asylheime leer oder sind nur in geringerem Ausmaß belegt“, hieß es dazu aus dem Innenministerium.

Kickl sieht hier ein wachsendes Sparpotential in diesem Bereich, Geld das in anderen Teilen des Ministeriums dringend benötigt werde. Die hier eingesparten Ausgaben will der Innenminister in dringend nötige Renovierungen und in die Ausstattungen von Polizeiinspektionen investieren.

Mittelfristig soll nach Vorstellungen des Innenministers die gesamte Grundversorgung für Asylwerber vom Bund übernommen werden. Der FPÖ-Minister erhofft sich dadurch auch eine effizientere und schnellere Durchführung der Verfahren.

So soll damit die Verfügbarkeit der Asylwerber während des Asylverfahrens – das heißt die Verhinderung des Untertauchens während des Verfahrens, das bisher rund zehn Prozent der Asylwerber nutzten – sowie eine einheitliche Rechts- und Rückkehrberatung und dadurch eine weitere Beschleunigung der Verfahren garantiert werden.



Asylwerber in Bundesbetreuung.



Harald Vilimsky

Schweigen, wenn Sozials knüppeln lassen

In Rumänien geht die Regierung unter Führung der Sozialdemokraten (PSD) alles andere als zimperlich vor: Demonstranten werden mit Wasserwerfern und Tränengas attackiert und brutal niedergeknüppelt. Am vergangenen Wochenende wurden hunderte Menschen dabei verletzt.

Staatssekretär Christian Birdac meinte, die Demonstranten „hätten niedergeschossen, nicht (mit Wasserwerfern) durchnässt“ werden müssen. Catalin Radulescu, Parlamentsabgeordnete der PSD, hatte allen

Regierungsgegnern gedroht, sie „zertreten“ zu wollen.

Diese rumänische PSD ist im Europaparlament Teil der Fraktion der europäischen Sozialdemokraten, der auch die SPÖ angehört. Doch von SPÖ wie von EU hört man ziemlich wenig dazu. „Besorgniserregend“ sei das, so SPÖ-Europaparlamentarier Weidenholzer reichlich schmähsad. EU-Justizkommissarin Vera Jourová forderte die rumänische Regierung auf, ihre Pläne zu einer Justizreform zu „überdenken“. Danke, ganz lieb.

Wenn es gegen „rechte“ Regierungen wie jene in Ungarn oder Polen geht, dann ist man aus weit geringeren Anlässen in Brüssel nicht nur schnell, sondern auch hart mit Reaktionen. Wenn es um korrupte Sozialdemokraten geht, die niederknüppeln lassen und mit dem Niederschießen drohen, setzt man auf Appeasement. Um sich am Ende einmal mehr zu wundern, warum das Vertrauen in die EU-Institutionen sinkt.

Italiens fünfte Mafia: Die „schwarze Axt“ Nigerias

Dass sich im Schutze der unkontrollierten Massenmigration neben islamischen Gotteskriegeren auch kriminelle Kartelle in Europa festsetzen konnten, stellt jetzt die italienischen Behörden vor große Herausforderungen.

Die nigerianische Mafia, auch „Ascia Nera“ („Schwarze Axt“) genannt, macht sich in Italien als „fünfte Mafia“ breit. Die nigerianischen Banden kontrollieren den Kokainhandel und lassen junge, teils minderjährige Afrikanerinnen als Billigprostituierte ihre Schlepsschulden abarbeiten.

Gegründet wurde diese kriminelle Organisation von nigerianischen Ex-Militärs. Die „Schwarze Axt“ sei die „mitleidloseste Mafia weltweit“, urteilt der italienische Kriminologe Alessandro Meluzo. Den Beweis treten die Nigerianer zur Zeit in Ferrara an. Das „Giornale“ berichtete Anfang August von einem blutigen Kampf rivalisierender nigerianischer Gangs in der Stadt mit dem Titel: „Der

Kampf mit Macheten: Krieg zwischen Migranten auf der Straße.“

Drei Tage lang sind mit Äxten, Macheten und Pistolen bewaffnete Nigerianer bei Revierkämpfen aufeinander losgegangen und haben die Stadt in eine Kriegszone verwandelt. Resignierender Rat des Karabinieri-Kommandeurs: „Die Bürger können sicher sein, weil diese Personen nicht sie angreifen, sondern sich gegenseitig bekämpfen. Unsere Empfehlung ist: sicheren Abstand halten.“



Hilflos gegen „fünfte Mafia“.

Rumäniens korrupt lassen Demonstration

Brüssel und Europas Sozialisten ignorieren weitere



Mit Wasserwerfern, Tränengas und Schlagstöcken ließ Rumäniens sozialistische Rechtsstaates zugunsten einiger hundert korrupter Sozialisten – inklusive

Seit Monaten gehen die Rumänen gegen die als „Justizreform“ gestartete Entmachtung der Korruptionsstaatsanwaltschaft auf die Straße. Vergangenes Wochenende eskalierte die Situation, die Regierung ließ eine Großdemonstration auseinanderprügeln. Brüssel und Europas Sozialisten schweigen zu dieser Verhöhnung der „EU-Werte“.

Seit Februar 2017, als die sozialistisch geführte Koalition mit Eilverordnungen die Korruptionsbekämpfung erschweren wollte, gehen Rumäniens Bürger immer wieder auf die Straße. Im Juli war die international anerkannte Chefin der Korruptionsstaatsanwaltschaft (DNA), Laura Kövesi, von der Regierung ihres Amtes enthoben worden, weil im Herbst eine weitere Prozesswelle gegen korrupte Politiker der Sozialisten (PSD) anstand. Der Vorwurf gegen Kövesi: Sie schade der „Reputation des Landes“.

Demo gegen Korruption

Aufgerufen hatten zu der Großdemonstration Auslandsrumänen, die in Konvois seit vergangendem Donnerstag in Richtung Bukarest unterwegs waren. Entsprechend nervös wirkten die Koalitionspolitiker: Sozialistenchef Liviu Dragnea, der wegen Wahlbetrugs rechtmäßig verurteilt worden ist und deshalb kein Regierungsamt mehr bekleiden darf, unterstellte Präsident Klaus Johannis, eine „Revolution“ anzetteln zu wollen.

An die hunderttausend Menschen gingen allein in Bukarest auf die Straße, in Temeswar, Hermannstadt, Kronstadt und Klausenburg taten es ihnen weitere tausende gleich. Die Menschen riefen Parolen wie „Gerechtigkeit statt Korruption!“ und verlangten den Rücktritt der sozialistisch-liberalen Regierungskoalition.



Die moralische Stütze der Rumänen, S von Brüssel und Europas Sozialdemokraten

te Sozialisten nten verprügeln

rhin Anschläge auf Demokratie und Rechtsstaat



isch geführte Koalition die jüngste Demonstration gegen die Demontage
ve deren Parteichef Liviu Dragnea – „auflösen“.

Außerdem forderten sie die Rücknahme der jüngst beschlossenen Gesetze, die prominente PSD-Politiker vor Strafverfolgung wegen Korruption schützen sollen.

Als Vorwand für ihr brutales Vorgehen dienten der rumänischen Polizei einige Dutzend Rowdies der Bukarester Fußball-Clubs, die sich unter die Demonstranten gemischt hatten und den Regierungssitz erstürmen wollten. Die Spezialeinheiten der Polizei versuchten gar nicht, die wenigen Störenfriede zu isolieren und festzunehmen, sondern nutzte deren Verhalten, um

gegen die Demonstranten und sie begleitende Journalisten wie auch den ORF-Korrespondenten vorzugehen und die Großdemonstration brutal mit Schlagstöcken, Wasserwerfern und Tränengas aufzulösen.

Mindestens 440 Menschen, darunter auch 24 Polizisten, mussten ärztlich versorgt, 65 von ihnen in Spitälern behandelt werden. Die Polizei nahm 33 Personen fest und erstattete gegen acht von ihnen Strafanzeige.

Keine Hilfe aus Brüssel

Staatspräsident Klaus Johannis, der von Brüssel bisher keine Unterstützung für seinen Widerstand gegen den Abbau des Rechtsstaates erhalten hat, verurteilte den Gewaltexzess der Polizei und kritisierte erneut die „Koalition der Korrupten“: „Ich beschuldige Liviu Dragnea und seine Spießgesellen, staatliche Institutionen in Instrumente der Repression gegenüber friedlichen Demonstranten umgewandelt zu haben.“ – Dragnea reagierte prompt auf die Kritik: Der Präsident instrumentalisiere die Vorkommnisse und „stachelt die Bevölkerung gegen die Sicherheitskräfte auf“. Er kündigte erneut ein Amtsenthebungsverfahren gegen Johannis an, um den lästigen Kritiker endlich loszuwerden.



Staatspräsident Klaus Johannis, wird
kranten schmächtig im Stich gelassen.

KURZ UND BÜNDIG



Kein Steuergeld für „Gender“

Die ungarische Regierung plant, das Studienfach Geschlechterforschung – auch „Gender Studies“ genannt – von den Universitäten zu verbannen. „Niemand will ‚Genderologen‘ anstellen, infolgedessen braucht man auch keine auszubilden“, erklärte der stellvertretende ungarische Ministerpräsident Zsolt Semyen vergangenen Montag den Beschluss. Die Geschlechterforschung untersucht die „soziale Abhängigkeit von Rollenbildern“, wonach das Geschlecht nicht mehr durch das biologische determiniert wird. Naturwissenschaftler und Evolutionsbiologen bezeichnen die „Gender Studies“ als „leider weitverbreiteten antiwissenschaftlichen Hokuspokus“.

IS-Terroristen weiter aktiv

Im Irak und in Syrien halten sich trotz der militärischen Rückschläge noch immer an die 30.000 Kämpfer der Dschihadistenmiliz „Islamischer Staat“ (IS) auf. Mit tausenden dieser Kämpfer stamme immer noch ein „großer Teil“ aus dem Ausland, heißt es in einem diese Woche von Experten der Vereinten Nationen vorgelegten Bericht. Der Zustrom ausländischer Kämpfer nach Syrien und in den Irak nehme aber ab und sei „schwächer als erwartet“. 3.000 bis 4.000 IS-Kämpfer halten sich auch in Libyen auf, in Afghanistan vermutet die UNO 3.500 bis 4.500 IS-Kämpfer, deren Zahl derzeit wieder weiter zunehmen soll.



Afrika fehlen die Waren für den Freihandel

Die EU hat sich vorgenommen, die Fluchtursachen für die Millionen nach Europa drängen jungen Afrikaner zu bekämpfen. Dabei offenbaren gerade manche „Fachpolitiker“ ihre Unwissenheit in der Angelegenheit.

Die Europäische Union sollte nach Ansicht des deutschen Entwicklungsministers Gerd Müller ihre Märkte für sämtliche Güter aus Afrika öffnen. Besonders Agrarprodukte sollten zoll- und quotenfrei eingeführt werden können, um in Afrika Jobs für Millionen arbeitslose junge Menschen zu schaffen, sagte der CSU-Politiker der „Welt-Online“. Sogar „Der Spiegel“ fand die Idee des Ministers so eindrucksvoll, dass er ihm einen großen Beitrag widmete.

Nur haben sich weder der Minister, noch die Redakteure von „Welt“ oder „Spiegel“ anscheinend mit dem Thema befasst. Denn sonst hätten sie wissen können, dass es gar keine Hindernisse für afrikanische Güter mehr gibt. „Everything

but arms“ („Alles außer Waffen“) heißt nämlich ein Programm der EU, das im Jahr 2001 zur Unterstützung der am wenigsten entwickelten Länder eingeführt wurde. 34 von ihnen liegen in Afrika.

Das Problem: Viele afrikanische Staaten können gar keine wettbewerbsfähigen Produkte anbieten. In weiten Teilen Afrikas gibt es kein zeitgemäßes Unternehmertum. Von einem ähnlichen Programm der USA profitiert immerhin die Textilindustrie in Äthiopien und Kenia.



Afrikanische Handelsware.

TERMINE

23 Donaustädter Sommergespräche

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 23. August 2018, zum Sommergespräch mit dem gf. FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus ins Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

24 Nachtführung in der Burg Liechtenstein

Der Kulturring Brigittenau lädt am Freitag, dem 24. August 2018, zu einer Nachtführung in der Burg Liechtenstein. Treffpunkt: 19.30 Uhr vor der Burg (Am Hausberg 2, 2344 Maria Enzersdorf). Kosten: 15 Euro/Person. Anmeldung bis 22. August bei Frau Schalk: 0664 8203094 oder: brigitta.schalk@chello.at

30 Donaustädter Sommergespräche

Die FPÖ Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 30. August 2018, zum Sommergespräch mit dem FPÖ-Verteidigungsminister Mario Kunasek ins Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

5 Stammtisch der FPÖ Landstraße

Die FPÖ Landstraße lädt am Mittwoch, dem 5. September 2018, zum Stammtisch mit FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky in ihr Bezirksparteilokal (Am Modenapark 8-9, 1030 Wien). Beginn: 19.30 Uhr.

5 Stammtisch der FPÖ Simmering

Die FPÖ Simmering lädt am Mittwoch, dem 5. September 2018, zu ihrem Stammtisch ins Gasthaus „Auszeitstüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

8 Sommerfest der FPÖ Großebersdorf

Die FPÖ Großebersdorf lädt am Samstag, dem 8. September 2018, zum Sommerfest in die Kellergasse am Gänsberg (Am Gänsberg, 2203 Großebersdorf). Beginn: 16.00 Uhr.

LESER AM WORT



Überfällige Reform

An überfälligen Reformen führt kein Weg vorbei. Vor allem dann, wenn sie schon Jahrzehnte in verantwortungsloser Manier auf die lange Bank geschoben wurden. Das gilt auch für unser Gesundheitssystem (...). Die Ausgaben liegen mittlerweile bei rund 40 Milliarden jährlich. 74 Prozent davon werden von Bund, Ländern, Gemeinden sowie Sozialversicherungsträgern finanziert, rund 10 Milliarden zahlen Private dazu. Diverse „Gratisleistungen“ an Menschen, die in Österreich noch nie etwas ins Sozialsystem eingezahlt haben, sorgten für eine Beschleunigung der Schieflage unseres Gesundheitssystems.

Christian Stafflinger, Linz



Vergesslichkeit

Es haben anscheinend immer mehr Menschen Probleme mit dem sinnerfassenden Lesen beim Thema Eurofighter. So „vergessen“ manche, dass die Regierung Schlüssel ganz andere Flugzeuge gekauft

hat, als dann – nach „Vertragsänderung“ durch Herrn Darabos – geliefert wurden. Um einen verhältnismäßig lächerlichen „Preisnachlass“ haben wir das „alte Modell“ gekauft – teilweise sogar gebraucht – und um drei Flugzeuge weniger. Wir haben auch auf wichtige Ausstattungen (Nachtfluggeräte etc.) und auf einen Servicevertrag „verzichtet“. Das ist auch der Hauptgrund, warum eine neuerliche Aufrüstung uns weitere 200 Millionen kostet, die wir in die alten Flieger investieren müssten. Dieses Desaster geht allein auf das Konto von Herrn Darabos und der SPÖ.

Stephan Pestitschek, Strasshof

Ausverkauf

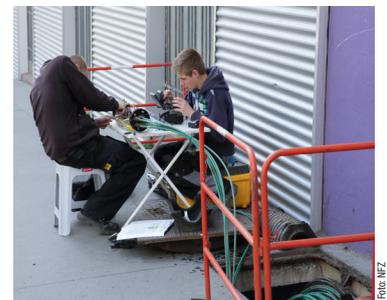
Nachdem bekannt wurde, dass die Wohnbauvereinigung GFW 3.000 Sozialwohnungen um läppi-sche sechs Millionen Euro an einen Investor aus der Schweiz geradezu verschleudern möchte, fragt man sich, da Eigentum immer teurer wird und die Mieten auch stets in die Höhe schießen, wo hier der gellende Aufschrei von SPÖ und Herrn Kern bleibt? 2.000 Euro für eine „gemeinnützige“ Sozialwohnung? (...) Wenn man bedenkt, dass diese 3.000 Wohnungen einen Marktwert von 700 Millionen Euro haben, dann ist der Fall BUWOG gegen diesen „Deal“ geradezu ein „Lercherlschas“!

Stefan Scharl, Klosterneuburg

Programm-Kaiser

Ist Ihnen schon aufgefallen, dass Ex-Kanzler Christian Kern nun schon mehrmals Parteiprogramme präsentiert hat, die vager und schwammiger nicht sein können! „Weltoffenheit“ ist doch bitte kein Parteiprogramm, sondern bestenfalls eine gemeine Drohung an die Bürger und eine herzliche Aufforderung an Migranten, sich auf Kosten der Steuerzahler weiterhin im „All-Inklusive-Traumziel-Katalog“ Österreich auszusuchen!

Armin Schütz, per E-Mail



Selber schuld

Es ist doch sehr fraglich, ob wir Asylwerber als Lehrlinge wirklich brauchen. Jahrelang hat die Wirtschaft, insbesondere Großbetriebe immer weniger Lehrlinge ausgebildet und jetzt schreien sie nach Fachkräfte. An dieser Misere sind diese Unternehmer doch selber schuld.

Ernst Pitlik, Wien

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue Freie Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

Halbjahrespreis € 15,-
 Jahrespreis € 30,-
 Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,-
 Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**:

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.
 ** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



Wie viel „Strohmann“ steckt in der Wiener SPÖ?

Immer mehr Belege decken Klügel zwischen SPÖ und Investor auf

Die Beschwichtigungspolitik der SPÖ muss ein Ende finden. Egal, an welchem Faden man in Sachen WBV-GFW zieht – er endet stets bei Michael Tojner“, kommentiert FPÖ-Klubobmann Toni Mahdalik die jüngst aufgetauchten Unterlagen.

„Bisher unveröffentlichte Dokumente belegen eindrucksvoll, wie entscheidend Michael Tojner in den ‚Deal‘ um die WBV-GFW bzw. WBV-GÖD verwickelt ist. Hier muss es endlich zu umfassender Aufklärung kommen“, forderte Mahdalik. Denn an Tojner, der nach eigenen Aussagen nur als Berater aufgetreten sei, sollen 800.000 Euro Optionsprämie bei dem Verkauf geflossen sein.

Warum schweigt die SPÖ?

„Es wird zu klären sein, warum die SPÖ und die betroffenen Wohnbaustadträte Michael Ludwig und



SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig in Erklärungsnotstand.

Kathrin Gaal sich in dieser Causa dauernd für unzuständig erklären“, bemerkte Mahdalik bei der Einbringung des Prüfantrags an den Stadtrechnungshof durch die Freiheitlichen.

„Langsam drängt sich die Frage auf, wie viel „Strohmann“ in der SPÖ steckt“, kritisierte Mahdalik nach der jüngsten Aussendung von Stefan Gregorich, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der WBV-

GFW. „Als Sozialdemokrat verstehe ich nicht, warum die SPÖ als einzige Partei in Wien sich hier auf die Seite Michael Tojners stellt“, kritisierte etwa Gregorich. Der Revisionsverband und das Wirtschaftsministerium hätten klar veranschaulicht, dass der Verkauf der 3.000 Sozialwohnungen rückabzuwickeln seien. „Es ist eine Schande, an wessen Seite diese SPÖ hier steht“, sekundierte Mahdalik.

Jeder zweite Tatverdächtige ist Ausländer

„Es ist eine Katastrophe, was die rot-grüne Stadtregierung mit ihrer ‚Willkommenskultur‘ der Wiener Bevölkerung da eingebrockt hat“, kommentiert der geschäftsführende Wiener Landesparteiobmann Johann Gudenus die Halbjahreskriminalstatistik, wonach jeder zweite in Wien gefasste Tatverdächtige kein Österreicher ist.

Das Verwerfliche an der „Willkommenskultur“ von Rot-Grün sei vor allem, dass Migranten durch die Ausschüttung von großzügigsten Sozialleistungen, Gratis-E-Card, allen nur erdenklichen Beratungen und Betreuungen sowie günstigen sozialen Wohnungen angelockt werden. Demgegenüber würden

Rot-Grün die Österreicher, denen all diese Leistungen von Rechts wegen zustehen würden, zu Bürgern zweiter Klasse degradieren.

„Zu den Folgen dieser Politik gehören neben den explodierenden Kosten, den Problemen an Schulen, in Krankenhäusern und im öffentlichen Raum, der Wohnungsnot und der Islamisierung auch die damit importierte Kriminalität. Wie viele Wiener dadurch Opfer von Verbrechen werden, ist ihnen völlig egal“, kritisierte Gudenus zu dieser „Hinter-mir-die-Sintflut-Politik“ der rot-grünen Stadtregierung. Einzig die Bundesregierung arbeitet in Sachen Asyl und Sicherheit für die Wiener Bevölkerung.



Von den 38.720 Tatverdächtigen waren die Hälfte Ausländer.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



„Ja, i bin min Radl da!“ demonstrierte unlängst Herr Kern umweltbewusst vor einer Sitzung. Vorher hatte er ein neues SPÖ-Programm vorgestellt, das sehr grün aussieht.

Ein Radler

Und dann schimpfte er auf die Regierungsidee, die Sitzungsschwänzer unter den Abgeordneten zu bestrafen.

Da ist mir eingefallen, dass ich während der letzten Nationalrats-sitzung einen dieser Herren durchs Fenster beim Demel gesehen hab. Ich weiß nicht, wie er heißt, aber sein Gesicht war mir von den Fernsehübertragungen geläufig, wo er ja doch mitunter zu entdecken war.

Armer Kerl, dachte ich damals, hat vorm Einmarsch ins Ersatzparlament die Kräfte verloren und stärkt sich jetzt schnell.

Ein anderes Mal, schon im Frühjahr, hab ich allerdings zufällig einen anderen vom TV her bekannten „Herrn Nationalrat“ während einer Sitzung beim „Grünspan“ im fernen Ottakring erblickt.

Ich erinnere mich angesichts der verschiedenen Lokale, die da offenbar besucht werden, an ein lang zurückliegendes Gespräch mit dem Nobelpreisträger Leopold Kohr im Café Sperl. Sein Motto war ja „Small is beautiful“, also „Klein ist schön“.

Hier schließt sich der Kreis. Die SPÖ wird nämlich von Tag zu Tag schöner.

BURGENLAND **Korrektur zu Austritt**

FPÖ-Landesparteiobmann Johann Tschürtz wies die von der geschäftsführenden Stadtparteiobfrau der FPÖ Neusiedl, Maria Nakovits, bei ihrem Parteiaustritt geübte Kritik an der Landes-FPÖ zurück. „Ich-Bezogenheit“ von Nakovits sei der Hauptgrund gewesen, bemerkte Tschürtz, der das „mediale Theater“ rund um ihren Parteiaustritt kritisierte. Zudem seien nicht sechs Mitglieder aus der Stadt-Partei ausgetreten, sondern nur eines, nämlich Nakovits. Die übrigen von ihr genannten Personen seien noch keine Parteimitglieder gewesen.

TIROL **Vergessliche SPÖ**

Amüsiert verfolgt Tirols FPÖ-Obmann Markus Abwerzger die Diskussion zur Direktwahl des Landes-**Markus Abwerzger** hauptmannes: „Die FPÖ hat dazu 1997 und 2012 einen Antrag im Landtag eingebracht. Und die Tiroler SPÖ, die jetzt das Thema aufzuwärmen versucht, hat in beiden Abstimmungen dagegen votiert.“



Foto: FPÖ Tirol

NIEDERÖSTERREICH **Gleiches Recht für alle**

„Der aktuelle Vorstoß von Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl zeigt, dass wir Freiheitliche einmal mehr die Zeichen der Zeit erkennen und manche immer etwas hinterherhinken“, bemerkte FPÖ-Seniorensprecher Erich Königsberger zu Riedls Vorschlag, die Zeit für die Pflege von Angehörigen auf die Pension anzurechnen. Bereits im November 2017 haben Niederösterreichs Freiheitlichen im Landtag die „Schaffung einer an die Pflegebedürfnisse angepassten Zeit als Pensionsversicherung für pflegende Angehörige“ gefordert. Während aber Riedl die Angehörigen der Pflegestufen eins bis drei durch den Rost fallen lassen wolle, sei für die FPÖ immer klar gewesen, dass diese pensionsanrechenbaren Zeiten für Pflegenden aller Pflegestufen gelten müssten: „Keine sozialen Ungerechtigkeiten!“

Landeshauptmann-Stellvertreter Schickhofer ist untragbar!**FPÖ für Rücktritt des SPÖ-Parteichefs wegen Amtsmissbrauchs**

FPÖ wirft Michael Schickhofer vor, das zweithöchste Amt der Regierung des Landes für rein parteipolitische Kritik an der Regierung zu missbrauchen.

„Nahezu täglich fällt der SPÖ-Chef mit Wortmeldungen in Richtung Wien auf und vergisst dabei, wofür er eigentlich vom steirischen Steuerzahler entlohnt wird“, lautet die Kritik von FPÖ-Landesparteisekretär Stefan Hermann. Es sei inakzeptabel, dass Michael Schickhofer sein Regierungsamt dazu missbrauche, um gegen die Bundesregierung zu agitieren. „Wenn er unbedingt Oppositionspolitik betreiben möchte, dann sollte er von seinem Amt als Landeshauptmann-Stellvertreter schleunigst zurücktreten“, fordert Hermann.

Folgen der SPÖ-Politik

Besonders peinlich seien die wiederholten Äußerungen Schick-

STEIERMARK 

Foto: SPÖ Steiermark

Parteipolitisch motivierte Kritik Schickhofers empört Freiheitliche.

hofers zur Sicherheitspolitik. „Österreich wurde unter den roten Kanzlern Faymann und Kern zu einem Dorado für Radikalislamisten“, erinnerte Hermann. Deren „Willkommenspolitik“ habe zu den massiven sicherheitspoliti-

schen Negativentwicklungen der letzten Jahre geführt. Die Nervosität des roten Parteivorsitzenden sei, so Hermann, für die FPÖ durchaus nachvollziehbar: „Schickhofer wirkt wie ein Ertrinkender, der nur noch wild um sich schlägt.“

VORARLBERG **Grüne Klimabelastungen**

Vorarlbergs freiheitlicher Energiesprecher Joachim Weixlbaumer kritisiert die neuen Belastungsvorschläge der Grünen zum Klimaschutz. „Die Halbwegszeit der Politik der Grünen ist eine äußerst kurze. Innerhalb weniger Tage zerbröseln das ausgerufenen Abgehen der Grünen von ihrer

bisherigen ‚Politik des erhobenen Zeigefingers‘, und man kehrt zu neuen Belastungsszenarien und zur altbekannten Sündenbockpolitik zurück“, so seine Reaktion auf die jüngsten Vorschläge des Grünen-Landtagsklubobmanns Adi Gross zum Klimaschutz.

Man müsse vielmehr ein Bewusstsein für den Klimaschutz in den Köpfen der Menschen verankern, Anreize für eine Wegorientierung von fossilen Energieträgern hin zu erneuerbarer Energie setzen und das Energiesparen noch stärker in den Vordergrund rücken. „Eine Belastungspolitik mit Steuererhöhungen oder das permanente Verteufeln des motorisierten Verkehrs lehnen wir ab. Hier erwarte ich mir auch einmal klare Worte des Landeshauptmannes zu den wiederholten Rufen seines grünen Koalitionspartners nach Zwangsmaßnahmen, Bevormundung, Strafzahlungen oder Steuererhöhungen“, forderte Weixlbaumer.



Foto: FPÖ Vorarlberg

Weixlbaumer: Überzeugungsarbeit statt Steuererhöhungen.

KÄRNTEN 

Foto: FPÖ Kärnten

Kaiser ignoriert „Doppelpässe“

Den lockeren Umgang mit den Grundfesten der Demokratie durch SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser kritisiert die Kärntner FPÖ. Denn Wahlbetrug und Sozialmissbrauch würden durch Scheinstaatbürgerschaften Tür und Tor geöffnet. Im Zusammenhang mit den illegalen türkischen Doppelstaatsbürgern kritisiert Klubobmann Gernot Darmann das fehlende Engagement des Landeshauptmannes bei der Überprüfung: „Jeder Scheinstaatbürger, der bei uns das Wahlrecht erschummelt oder Sozialbetrug begeht, hat mit härtesten Konsequenzen zu rechnen.“

OBERÖSTERREICH  weiterbringen.

sitz Landeshauptleutekonferenz - 2. Juli 2015



Die „ÖVP-Westachse“, die „alt-schwarzen“ Landeshauptleute Günter Platter, Markus Wallner und Wilfried Haslauer (v.l.), fallen der Koalition bei den Reformthemen all zu oft in den Rücken.

Auch für „ÖVP-Westachse“ gilt Regierungsprogramm

Haimbuchner fordert Bekenntnis zu Reform der Sozialversicherungen

Die Vorwürfe von Vorarlbergs ÖVP-Landeshauptmann Wallner gegen Sozialministerin Beate Hartinger-Klein seien überzogen und unangebracht, kritisierte Oberösterreichs FPÖ-Landeschef Manfred Haimbuchner.

Dass die Umsetzung des Regierungsprogramms im Sozial- und Gesundheitsbereich alles andere als leicht ist, bemerkte der oberösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreter und FPÖ-Landesaparteiobmann Manfred Haimbuchner zur Kritik der „ÖVP-Westachse“, der Landeshauptmänner von Vorarl-

berg, Tirol und Salzburg.

„Gerade die massive Kritik an der geplanten Krankenkassenzusammenlegung – die auch ich seit Jahren fordere – zeigt, dass Frau Hartinger-Klein auf dem richtigen Weg ist. Sie setzt den Wählerwillen um und nicht den Willen alter Machtklüngel“, betonte Haimbuchner.

Machtkämpfe in der ÖVP

Vieles deutet derzeit darauf hin, dass die ÖVP einen parteiinternen Konflikt auf dem Rücken der Bundesregierung austrage, was er für falsch und gefährlich halte. Er nannte

in diesem Zusammenhang auch die ÖVP-Sympathien für die Idee des grünen oberösterreichischen Landesrates Rudolf Anschöber, wonach eine Lehrstelle einen fehlenden Aufenthaltstitel ersetzen solle.

„Das wäre nicht nur eine Rechtsbeugung, sondern auch ein völlig falsches Signal an illegale Einwanderer, über einen Lehrantritt in Österreich bleiben zu können. Die ÖVP soll ihre internen Machtspiele in ihren Parteigremien austragen. Jedenfalls halte ich es für unklug, solche Dinge auf die Sacharbeit der Bundesregierung zu projizieren“, sagte Haimbuchner und mahnte „mehr Sachlichkeit“ in der Debatte ein.

Dass die Aufräumarbeiten langjähriger sozialdemokratischer Politik im Sozialbereich aufwendig und mühsam werden, sei den Regierungsparteien von Anfang an klar gewesen. Gerade der aktuelle Fall von missbräuchlicher, ja krimineller Verwendung von Sozialgeldern in Oberösterreich zeige exemplarisch, wie wichtig es sei, in diesem Bereich die Sümpfe trocken-zulegen, betonte Haimbuchner: „Ja, man muss über einzelne Schritte dieser Kassenreform sprechen. Aber ich erwarte mir von allen Vertretern der Regierungsparteien ein klares Bekenntnis für ein Miteinander beim Regierungsprogramm!“



Manfred Haimbuchner
FPÖ-Landesparteibeamter Oberösterreich

Der Begriff „Heimat“ soll gemäß unserem Antrag in der oberösterreichischen Landesverfassung verankert werden. Für uns stehen damit ganz klar auch die Begriffe „Tradition“ und „Brauchtum“ in Verbindung. Diesen soll der entsprechende Stellenwert verliehen werden. Der Erhalt und Schutz der landestypischen Brauchtümer und Traditionen ist vor allem in Zeiten mit hoher Einwanderung von großer Bedeutung.

Heimat in die Verfassung

Die Landesverfassung ist unser höchstes Rechtsgut und damit wichtige Grundlage und Regulativ allen politischen Handelns. Daher hat die FPÖ beantragt, den Begriff „Heimat“ als Leitgedanken in die Landesverfassung aufzunehmen. Damit soll das kulturelle Erbe als etwas Selbstverständliches in den Verfassungsrang gehoben werden. Es sollen die Werte der weltlichen, aber auch zugleich religionsfreundlichen, offenen, christlich geprägten Gesellschaft berücksichtigt werden.

Die Oberösterreicher identifizieren sich mit dem Land, der Kultur und den Sitten und Gebräuchen. Sie befürworten den Kurswechsel in der Integrationspolitik. Heimat bedeutet nämlich auch, unsere Regeln zu befolgen und unsere christlich-abendländische Leitkultur zu akzeptieren.

Heimat ist für uns – frei nach dem Dichter-Wort von Gottfried von Herder – da, wo man sich nicht erklären muss. Sie ist ein hohes Gut, an dem man sich orientieren kann und muss. Nicht wir werden unsere Traditionen ändern, sondern unsere Traditionen und unser Brauchtum sind Werte, an denen auch in Zukunft nicht gerüttelt werden darf!

FRÜH
Weiswurst
SCHOPPEN

Sonntag, 19. August
ab 10 Uhr · Jahnpark
vor den Toren der Stadt

» Musik von der Ilz River Gang
» Gratis Bummelzugfahrt durch die Stadt

Bei Regen beim Kreuzbergwirt

GEZWITSCHER



Michael Mitiszek

@workforcetrust



Sich die degenerierte Politik der Grünen als Vorbild zu nehmen und dazu noch Sascha als Vorbild zu erwähnen, lässt mich befürchten, dass @KernChri die #SPÖ endgültig an die Wand fahren wird.

08.08.18 08:25

Christian Kern setzt konsequent der Weg aller SPÖ-Chefs nach Bruno Kreisky fort: Wählervertreibung.

Sascha D.

@McGeiz



Die Spekulationen ob #Kern in die Privatwirtschaft wechselt find ich witzig. Wenn nicht grad ein GF-P(f)osten bei @SP_Wien naher GmbH frei wird, schaut's mau aus für die Prinzessin.

03.08.18 01:23

Na ja, vielleicht findet sich bei Siemens noch ein leeres Büro...

WHATSAPP



GEFÄLLT MIR



HC Strache

14.08.2017

Ein negativer rechtskräftiger Asylbescheid gilt für alle, welche zu Unrecht um Asyl in Österreich angesucht haben, gleich!



2.684 Personen gefällt das.

Oder geht es der ÖVP um billige Arbeitskräfte, die man dann abschickt, bevor sie teuer werden?

Große „Qualitätsmedien“ sind auf Facebook nicht gefragt

FPÖ-nahe News-Plattformen sind in sozialen Medien viel gefragter

Die großen „Qualitätsmedien“ sind zwar alle auf Facebook, aber schaffen nicht die „Meinungsmacherei“ wie parteinahe News-Plattformen.

Zu diesem niederschmetternden Ergebnis für die heimischen Medien und den österreichischen Journalismus kommt der Digital-Marketing-Dienstleister SPINNEWERK.

New-Plattformen voran

Eine zunehmend große Rolle spielen parteinahe „News-Plattformen“, die von den Lesern als unabhängige Nachrichtenplattformen wahrgenommen werden. In einer Analyse-Reihe wurden deshalb die Performance-Werte parteinaher News-Plattformen aus Österreich unter die Lupe genommen.



Mit Facebook kommen Österreichs Zeitungen nicht zurecht.

Um sie einzuordnen und ihren Einfluss deutlich zu machen, wurden ihre wichtigsten Daten mit denen der großen Qualitätstageszeitungen verglichen.

Dabei stellte sich heraus, dass Inhalte der FPÖ-nahen Plattformen Wochenblick, unzensuriert.at oder Info-direkt in den letzten Monaten stärker geteilt wurden als Inhalte

von Standard, Presse oder Kurier. Das Ergebnis lässt Roland Trnik, Social-Media-Experte von SPINNEWERK, beinahe verzweifeln: „Jedenfalls aber sollten wir uns alle die Frage stellen, ob News-Plattformen, die wie unabhängige Medien daherkommen, aber eine klare Agenda haben, dem demokratischen Diskurs zuträglich sind.“

FPÖ IN DEN MEDIEN

Wenn nichts mehr geht, dann wird die „Islamophobie“ hervorgeholt. So praktiziert es die Islamische Glaubensgemeinschaft beim jetzigen Erlass gegen die „Hinterhofschächtingen“, wie „Die Presse“ berichtet. Dabei ist es gerade die IGGÖ,

ihre Schäfchen nicht unter Kontrolle bringt, wie die permanenten Auftritte von Hasspredigern in Österreich beweisen. Zudem sind vom Erlass keine „Halal-Schlachthöfe“ betroffen.

Kein kleines Ziel hat sich Niederösterreichs Neo-FPÖ-Landtagsabgeordneter Reinhold



„Kurier“, den „Sternenhimmel retten“. Real geht es Teufel darum, die künstliche Aufhellung des Nachthimmels zu stoppen, da dieser „permanente künstliche Vollmond“ Auswirkungen auf Mensch und Tier hat. Deshalb soll die Beleuchtung von Gebäuden zwischen 23 und vier Uhr früh abgeschaltet werden.



die hard Teufel gesteckt. Er will, laut

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

WHATSAPP-SERVICE DER FPÖ

Alle Infos und Anmeldung unter www.fpoe.at/whatsapp

BEQUEM, KOSTENLOS UND JEDERZEIT KÜNDBAR

In der Luft fliegt der Paprika

Das Kaiser-Franz-Joseph-Theater in Berndorf lässt es kriseln

Wenn man einem Theaterkritiker trotz rechtzeitiger Bestellung eine späte Karte oben am „Juchhe“ schenkt, darf man sich nicht wundern, wenn dieser grantig wird und sich schon überlegt, ob er überhaupt etwas über die Aufführung schreibt.

Wenn dann aber der Vorhang aufgeht und es eine ununterbrochene Reihe von Gags und Pointen gibt, kann der Kritiker zwar nur die Hälfte davon akustisch verstehen, aber das genügt, um den Grant hintanzuhalten.

Im Original geht's um einen amerikanischen Journalisten in Paris, der mit drei Stewardessen gleichzeitig verlobt ist.

Vergnüglicher „Rollentausch“

In Berndorf hat Robert Kolar die Sache umgedreht und lässt die Hauptrolle von einer Frau spielen, die mit drei Flugkapitänen ein Pantsherl hat.

Diese Frau wird von Kristina Sprenger, der Intendantin des Theaters, hinreißend und sexy dargestellt. Die von ihr eingefädelte „Vielmän-

neri“ scheint zunächst wasserdicht zu sein. Jeder der drei Flieger ist erstens von einer anderen Luftlinie und hat zweitens Diensteteilungen, die es unmöglich machen, dass sie einander in der Wohnung der Liebhaberin Bernadette treffen.

Doch der so sichere Stundenplan der Hausfrau wird plötzlich von Wetterkapriolen und Flugplanänderungen zunichte gemacht. Jetzt drohen Begegnungen der drei Uniformierten, und es ist nicht abzusehen, wie diese zu meistern sind.

Komödie mit Witz und Tempo

Eine Zeitlang geht's gut, da die Wohnung Bernadettes groß ist und die Unterbringung der Kapitäne mit Ach und Krach bewältigt wird.

Doch die Konfrontation der drei Männer ist unausbleiblich.

Mit Raffinesse wird das Kuddelmuddel aber gelöst.

Es wäre ungerecht, einen der Darsteller besonders zu loben.

Robert Kolar jedoch muss trotzdem extra erwähnt werden. Seine Fassung, allein schon durch die Um-



Gelungener „Rollentausch“ bei der Berndorfer Inszenierung.

kehrung der Geschlechter schwierig genug, glänzt durch Tempo und Witz. Dazu hat er den Ort der Handlung von Paris nach Wien verlegt. Das macht die Geschichte für die Zuschauer plausibler und aktueller. Dass dabei nicht ganz jugendfreie Clous entstehen, ist wohl unentbehrlich.

Wenn etwa der eingeladene russische Pilot auf eine Einladung der Freundin Patrizia in den Tiergarten Schönbrunn ablehnend meint: „Ich

make mir nichts aus Vögeln“, tobt das Publikum ob der Zweideutigkeit.

Einen Höhepunkt im Spektakel liefern die Herren Clemens Matzka, Julian Loidl und Christoph von Friedl, wenn sie zu Beginn des zweiten Teils einen Striptease hinlegen, der sich gewaschen hat.

Das Publikum zieht nach guten zwei Stunden beglückt aus dem entzückenden Theater. Trotzige Gratulation auch des versetzten Kritikers.

Herbert Pirker

Gratulation zum 40er an Manfred Haimbuchner

Die FPÖ Oberösterreich gratuliert ihrem Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner, zu seinem 40. Geburtstag mit einer Feier im historischen Ambiente des Schlosses Bernau in Fischlham. Vizekanzler HC Strache, die 3. Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller sowie die Parlamentsklubobente

Walter Rosenkranz und Johann Gudenus sowie FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky waren ebenso unter den Gratulanten wie ÖVP-Landeshauptmann Thomas Stelzer, LT-Präsident Viktor Sigl, der 2. LT-Präsident Adalbert Cramer, die beiden Landesräte Günther Steinkellner und Elmar Podgorschek und Klubobmann Herwig Mahr.



Die Laudatoren HC Strache, Thomas Stelzer und der Welser Bürgermeister Andreas Rabl mit Jubilar Manfred Haimbuchner.



Der Stromanschluss für die Kirche in Berg/Attergau wurde durch eine Initiative der FPÖ-Ortsgruppe gesichert.

FPÖ Berg finanziert Stromanschluss für Kirche

Die Kirche in Berg im Attergau ist ein kulturelles Kleinod und stammt aus dem 18. Jahrhundert. Sie wird von sehr vielen Gästen besucht, und es werden Taufen, Hochzeiten, Benefizveranstaltungen und andere kirchliche Veranstaltungen darin abgehalten.

Um den neuen Anforderungen gerecht zu werden, hat sich die

FPÖ-Ortsgruppe Berg entschlossen, die Kosten für einen Stromanschluss durch die Energie AG in der Höhe von 823,68 Euro zu übernehmen. Somit wäre auch der Grundstein für ein eventuell geplantes elektrisches Geläute gelegt. Der FPÖ-Initiative schloss sich auch der Gemeinderat an, der für die Pfarre 1.000 Euro spendete.

KULTURRING BRIGITTENAU

Burg Liechtenstein



Der Kulturring Brigittenua besucht am Freitag, 24. August 2018 die Nachführung der Burg Liechtenstein.

Treffpunkt: 19.30 Uhr direkt vor der Burg: Am Hausberg 2, 2344 Maria Enzersdorf

Kosten: € 15,- pro Person

(bitte Taschenlampe mitnehmen)

Falls gewünscht, organisieren wir eine Mitfahrgelegenheit vom 20. Bezirk aus.

Anmeldung bitte bis Mittwoch, 22.08.2018 bei Brigitta Schalk

Tel: 0664 8205094 oder brigitta.schalk@chello.at



INFORMIERT

Donaustädter Sommergespräche 2018

Juli und August, immer am Donnerstag von 19 bis 21 Uhr.
G+H Goldener Hirsch, Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien.

Do 23.8. Klubobmann NAbg. Mag. Johann GUDENUS, M.A.I.S
Do 30.8. Bundesminister Mario KUNASEK

Moderation: LAbg. GR Angela Schütz (angela.schuetz@fpoe.at)

Die Mannschaft der Donaustädter Freiheitlichen
freut sich auf Dein/Ihr Kommen!

NAbg. Dr. Martin Graf
Bezirksparteiobmann

KO Toni Mahdalik
geschäftsführender Bez. PO

Wir weisen Sie darauf hin, dass auf diesen Veranstaltungen gefilmt und fotografiert wird.

Aufnahmen werden im Anschluss von der Freiheitlichen Partei Österreichs verarbeitet und im Internet (insbesondere auf den Internetauftritten des Verantwortlichen und in Sozialen Medien wie Facebook) oder aber auch als Live Streams veröffentlicht. Mit der Teilnahme an diesen Veranstaltungen nehmen Sie zur Kenntnis und erklären sich einverstanden, dass Aufnahmen von Ihnen verarbeitet und veröffentlicht werden.

Soweit sich aus den Bildnissen Hinweise auf die ethnische Herkunft, Religion oder Gesundheit des Mitarbeiters ergeben (z.B. Hautfarbe, Kopfbedeckung, Brille, Art 9 DSGVO), bezieht sich dessen Einwilligung auch auf diese Angaben.
Weitere Informationen finden Sie unter: www.fpoe.at/datenschutz

f FpoWienDonaustadt

twitter.com/FPoEDonaustadt

donaustadt.fpoe-wien.at

Impressum: Herausgeber, Medieninhaber: FPO Donaustadt, Konstanziagasse 31, 1220 Wien



+++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++ Bücherservice +++



von
Norbert Nemeth (Hg.)
Andreas Hauer
Reinhard Teufel
Rüdiger Schender

„Dem Antrag wird stattgegeben“ Anmerkungen zur Bundespräsidentenwahl 2016

Die Bundespräsidentenwahl 2016 wird als längste Wahl der Zweiten Republik vielen in Erinnerung bleiben, insgesamt dreimal wurden die Österreicherinnen und Österreicher zur Urne gebeten.

Das Buch befasst sich mit der Wahlanfechtung und der Aufhebung des zweiten Wahlgangs durch den Verfassungsgerichtshof. Diese Aufhebung kann mit Fug und Recht als Sieg von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bezeichnet werden. Der Verfassungsgerichtshof hat die Beschwerde der Freiheitlichen schnell, umsichtig und transparent behandelt. Die Richter sind ihrer Verpflichtung nachgekommen, massive gesetzliche Verfehlungen, aber auch Unregelmäßigkeiten aufzuzeigen, die eine Manipulation möglich gemacht hätten. Mit dem Urteil wurde auch das Vertrauen der Österreicher in den Rechtsstaat sichergestellt.

Die Autoren bemühen sich mit unterschiedlichen Ansätzen und Zugängen, die Hintergründe dieser historischen Wahl auszuleuchten.

GRATIS zu beziehen über das Freiheitliche Bildungsinstitut (FBI):

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3 a, 1080 Wien
Telefonisch unter 01/512 35 35-36 oder
per Mail: bildungsinstitut@fpoe.at

